

Gestern im Rat

Vorsitz: Josef Würms (SVP, Ramsen)

» Der Kantonsrat hat das **regierungsrechtliche Legislaturprogramm 2021 bis 2024** beraten.

» Weiter hat der Rat eine **Teilrevision des Richtplans** vorgenommen.

» Er hat einem Kredit für eine **Boulderhalle** zugestimmt.

» Das Parlament hat zudem die **Sammlung der Motionen und Postulate** bereinigt.

» Ein Postulat zur **Traktandierung von Geschäften nach Reihenfolge ihres Eingangs** ist überwiesen worden.

» Abgelehnt wurden Vorstösse zu **Solarstromanlagen** und zur **Frage der Angabe des Geschlechts in der Schaffhauser E-ID**.

Journal

Legislaturprogramm diskutiert

Im März hatte der Regierungsrat sein Legislaturprogramm 2021–2024 vorgestellt. Es beinhaltet fünf Schwerpunkte: Lebens- und Wirtschaftsstandort, Coronapandemie, Energie- und Klimapolitik, Demografie und Digitalisierung. Gestern hat der Kantonsrat das Programm zur Kenntnis genommen.

Traktandenliste: Was kommt wann dran?

Der Kantonsrat soll Geschäfte grundsätzlich in der Reihenfolge ihres Eingangs behandeln. Dies hatte Kantonsrat Matthias Frick (AL, Schaffhausen) in einer Motion gefordert, die er gestern schliesslich in ein weniger verbindliches Postulat umwandelte. Der Rat nahm das Postulat mit 30 zu 28 Stimmen an, es fliesst nun in eine allgemeine Reform des Kantonsrats ein.

Sätze zur Situation

Peter Werner (SVP, Beggingen): «Sehr geehrte Damen bis Herren.» *Genderfluide Begrüssung in einer Wortmeldung zur Frage der Angabe des Geschlechts in der E-ID.*

Maurus Pfalzgraf (Junge Grüne, Schaffhausen): «Die Realität ist nicht binär.» *Auch dies in der Diskussion um die Geschlechtsangabe in der E-ID.*

Urs Capaul (Grüne, Schaffhausen): «Was ist der Unterschied zwischen «keiner Angabe» und «keiner Angabe?»» *Philosophisches zur E-ID.*

Eva Neumann (SP, Beringen): «Die Motion 2019/12 müsste eigentlich 2020/12 heissen, denn sonst wäre Christian Heydecker ein wahrer Hellseher, der die Coronakrise bereits 2019 vorausgesehen hat.» *Wo sie recht hat, hat sie recht: In Heydeckers Vorstoss geht es um die Covid-19-Mehrkosten für Spitäler – und er stammt von 2020.*

Regierungsrat Patrick Strasser (SP): «Eine Chance in diesem System hat das feine Töchterchen des Direktors, aber der Bueb des Büzers und Bauern hat diese Chance nicht.» *Zum Langzeitgymnasium.*

Ein verwirrendes Detail im Richtplan

Die Teilrevision des Richtplans war im Kern unbestritten. Doch an der Frage des Kiesabbaus schieden sich die Geister. Die SP forderte die Rückweisung und ein neues Konzept – und scheiterte damit.

Regula Lienin

Alle zwei Jahre revidiert Schaffhausen neuerdings seinen Richtplan. Damit will der Kanton dynamischer auf Entwicklungen reagieren können. Gestern stand das neu gestaltete Kapitel Materialabbau/Untergrundnutzung im Kantonsrat zur Debatte. Darin ging es unter anderem um zwei neue, in Beringen gelegene Kiesabbaustellen. Über diese Kiesgruben habe man sich in den Vorberatungen ausführlich unterhalten, sagte Kommissionspräsident Christian Heydecker (FDP, Schaffhausen). Neben der FDP/CVP-Fraktion gab es von der GLP/EVP- und der SVP/EDU-Fraktion eine klare Zustimmung zur Vorlage – von Letzterer allerdings mit einem grossen Aber.

«Dringend ist, dass wir das Materialabbaukonzept überarbeiten», sagte Markus Müller (SVP, Löhningen). Zudem stellte er die Frage nach einer Konzessionspflicht und äusserte Zweifel daran, dass fünf Meter über dem Grundwasser mit schweren Fahrzeugen Kies herumgefahren werden könne.

SP stellte Rückweisungsantrag

Aus Sicht der SP waren der Naturschutz, die Oberflächengewässer und die Naturgefahren unbestritten. Aber der Materialabbau habe in ihrer Fraktion viel zu diskutieren gegeben, sagte Eva Neumann (SP, Beringen). «Obwohl wichtige Zahlen fehlen, soll mit der Kiesgrube Beringen eine neue Grube im Plan festgesetzt werden.» Störend kam für die Partei hinzu, dass eine Konzessionspflicht fehle und dass bis heute Kiesgrubenbetreiber keine Abgaben an Gemeinde oder Kanton entrichten müssten. «Durch den Abbau entstehen Schäden an den Strassen», so Neumann. Die SP verlangte zuerst ein neues Materialabbaukonzept und beantragte, die Raumplanungsvorlage zurückzuweisen.

Maurus Pfalzgraf (Junge Grüne, Schaffhausen) freute sich, «dass von links bis rechts Einigkeit herrscht, eine Konzessionsgebühr zu erheben». Dem sei nicht so, sagte Christian Heydecker, und prognostizierte eine erbitterte politische Auseinandersetzung. Er verwies auf das Mehrwertausgleichsgesetz, das in diesen Fällen greife. «Da entsteht ein Mehrwert, und davon schöpfen wir einen Drittel ab.»



Der Abbau in der Schaffhauser Kiesgrube Solenberg wird irgendwann erschöpft sein.

ARCHIVBILD FLAVIA GROSSENBACHER

«Die öffentliche Hand hat schon immer auch profitiert.»

Martin Kessler
Regierungsrat (FDP)

VIDEO
Die besten Zitate unter www.shn.ch/click

Heydecker stellte sich dezidiert gegen die Rückweisung der Vorlage. Es sei wichtig, den Prozess jetzt zu starten. Damit erntete er allerdings Kritik von links. «Sie sind ganz klar der Vertreter der Kieslobby», sagte Matthias Freivogel (SP, Schaffhausen). Es sei angezeigt, dass Heydecker als Kommissionspräsident auch die drei unterlegenen Mitglieder vertrete.

Konzept dem Richtplan nachgelagert

Die Debatte verlief zusehends auf unsicheren Grundlagen und Annahmen. Was gilt, wenn das Land dem Kanton gehört? Greift dann das Mehrwertausgleichsgesetz gleichermaßen? Auch die Frage der Umzonung sorgte für zwischenzeitliche Verwirrung, weil stattdessen von einer Umlagerung die Rede war. Regierungsrat Martin Kessler (FDP) versprach

eine Verordnung, die den nicht klaren Gesetzestext ausführen werde. «Die öffentliche Hand hat schon immer auch profitiert», sagte er. Das Materialabbaukonzept sei hierarchisch unterhalb des Richtplans angesetzt. Die Gebühren könnten deshalb noch diskutiert werden. «Wir können die Kiesversorgung nur sicherstellen, wenn wir jetzt vorwärts machen, sonst geht es nochmals fünf Jahre.» Lorenz Laich (FDP, Dörflingen) machte sich ebenfalls für die Teilrevision des Richtplans stark – mit einem neuen Argument. Die Bauwirtschaft werde auf Kies angewiesen sein. «Sie wird ihren Kies beschaffen, sei es aus dem Südschwarzwald, Tuttlingen oder China, wo er extrem billig ist.» In der Schlussabstimmung unterlag die Ratslinke. Die Zustimmung erfolgte mit 39 Ja zu 20 Nein deutlich.

Keinen Zwang für kommunale Solaranlagen

Gemeinden, aber auch der Kanton, sollen gesetzlich verpflichtet werden, auf ihren Gebäuden Solaranlagen zu bauen. Dies forderte Irene Gruhler Heinzer (SP, Stein am Rhein) in einer Motion, die gestern im Schaffhauser Kantonsrat diskutiert und schliesslich abgelehnt wurde. Baudirektor Martin Kessler (FDP) stellte sich gegen den Antrag. Der Kanton engagiere sich schon sehr stark für den Ausbau der Solarkapazitäten, da brauche es keine weiteren Bestimmungen, sagte er.

Die Bürgerlichen kritisierten, dass der Kanton den Gemeinden Vorgaben machen könnte. «Der Kanton soll die Gemeinden bevormunden, die Kosten sollen aber bei ihnen bleiben? Das kommt nicht in Frage», sagte Markus Müller (SVP, Löhningen). Christian Di Ronco (CVP, Neuhausen) ergänzte, «die Gemeinden brauchen keine solche Motion. Sie haben ein eigenes Interesse, auf freiwilliger Basis von fossilen Energieträgern wegzukommen.» Nicole Herren (FDP, Schaffhausen) sprach schlicht von einer «absolut überflüssigen Idee». Mit 31 zu 24 Stimmen wurde die Motion abgelehnt. (zge)

Männlich oder weiblich: Diese Angabe bleibt Pflicht

Bei der E-ID gibt es keine neuen Optionen bei der Angabe des Geschlechts. Der Rat hat einen Vorstoss, der neben «männlich» oder «weiblich» weitere Kategorien – oder gar keine – wollte, abgelehnt.

Eigentlich war der Fall schon nach fünf Minuten Debatte klar: Bei einem offiziellen Dokument wie der Schaffhauser E-ID, so Regierungsrat Dino Tamagni (SVP), hat der Kanton keine Möglichkeit, die zwingenden Angaben nach Belieben anzupassen. Was auf der klassischen physischen ID steht, unter anderem der Name, das Geburtsdatum, die Nationalität und eben auch das Geschlecht, das müsse auch in der E-ID vermerkt sein. Aus diesem Grund stellte sich die Regierung trotz Sympathien für das Anliegen gestern im Kantonsrat gegen ein Postulat von Angela Penkov (AL, Schaffhausen), welche verlangt hatte, bei der E-ID weitere Geschlechter als «männlich» oder «weiblich» oder auch gar keine Angabe zuzulassen.

Der Rat gab sich mit dieser technischen Begründung für eine Ablehnung aber nicht zufrieden. Bald entspannte

sich eine ganz grundsätzliche Genderdebatte – wohl die erste in dieser Form im Schaffhauser Kantonsrat.

Urs Capaul (Grüne, Schaffhausen), der stellvertretend für alt Kantonsrätin Penkov den Vorstoss verteidigt hatte, betonte, dass es in der Natur nicht nur schwarz oder weiss gebe. «Facebook bietet sogar die Wahl zwischen 60 Geschlechteridentitäten», sagte er. Maurus Pfalzgraf (Junge Grüne, Schaffhausen) erzählte von Eneas, einem «non-binären Trans-Aktivist», der im Alltag immer wieder auf grosse Schwierigkeiten stosse, etwa beim Schwimmen, wo er weder in der Männerdusche noch bei den Frauen willkommen sei. Offen liess er, inwiefern neue Geschlechterangaben auf einem amtlichen Dokument an diesem Dilemma etwas ändern würden.

Bedenken gab es vor allem aus der SVP. Es sei ein «Armutzeugnis, eine Schande, dass man die Schöpfung nicht mehr akzeptiert», sagte Samuel Erb (SVP, Schaffhausen). Samuel Werner (SVP, Beggingen) werweisse sogar, ob sich Männer mit 64 künftig einfach als Frauen definieren könnten, um früher AHV zu erhalten. Mit 30 zu 24 Stimmen wurde das Postulat schliesslich für nicht erheblich erklärt. (zge)

Unumstrittene Boulderhalle – kritisierte Kriterien

Der Kantonsrat hat für das Projekt «Boulderhalle 2022» der Genossenschaft Aranea Plus einen Kredit in Höhe von maximal 300 000 Franken bewilligt. Die Vorlage war im Grundsatz unbestritten, das Parlament nahm sie mit 52 Ja-Stimmen an. Der Kantonsbeitrag berechnet sich basierend auf dem Kantonalen Sportanlagenkonzept (Kasak) aus 15 Prozent der direkten Investitionskosten. Der Minimalbeitrag lag bei 7,5 Prozent. Die Genossenschaft hatte mit ihrem Projekt eine Bewertung weit über den Muss-Kriterien erreicht.

Die Diskussion drehte sich vor allem um die erstmals angewendeten Kriterien des Kasak. «Es lässt in der Punktevergabe einigen Spielraum offen», sagte Kommissionspräsident Martin Schlatter (SVP, Beringen). Roland Müller (Grüne, Neuhausen) kritisierte die Kriterien als zu wenig weit gehend. Man könne nicht für bereits eingegangene Gesuche die Spielregeln ändern, argumentierte Regierungsrat Patrick Strasser (SP), gab aber zu, dass ein Nachjustieren nötig sei. Im Vergleich zu früher gebe es jetzt immerhin keine Willkür mehr. (rli)